

nach Fälligkeit der ersten unbezahlten Prämie erfolgt, gilt der Antrag auf Wiederinkraftsetzung als abgelehnt.

16.2 Wiederaufnahme der Prämienzahlung mit Anpassung der Leistungen

Der Versicherungsnehmer kann beantragen, dass ein Vertrag, der prämienfrei gestellt wurde, von Allianz Suisse ohne Prämienzahlung wieder in Kraft gesetzt wird. Die Leistungen werden entsprechend angepasst.

Der Antrag auf Wiederaufnahme der Prämienzahlung kann von Allianz Suisse ohne Begründung abgelehnt werden.

Wird der Antrag auf Wiederaufnahme der Prämienzahlung von Allianz Suisse angenommen, erfolgt die Wiederinkraftsetzung der Haupt- und allfälliger Zusatzversicherungen ohne Prämienzahlung auf den vereinbarten Zeitpunkt.

17 Die Police als Kreditinstrument

17.1 Policendarlehen

Sobald die Versicherung einen Rückkaufswert hat, kann der Versicherungsnehmer beantragen, dass Allianz Suisse gegen Verpfändung des Versicherungsanspruchs einer freien Vorsorge (3b) ein verzinsliches Darlehen gewährt. Spätestens bei Beendigung des Vertrags muss das Darlehen zurückbezahlt werden, andernfalls wird die fällige Leistung im Erlebensfall oder im Todesfall um das Darlehen, Zinsen und Kosten gekürzt.

Der Antrag auf Gewährung eines verzinslichen Darlehens kann von Allianz Suisse abgelehnt werden.

17.2 Abtretung und Verpfändung

Der Versicherungsnehmer kann den Versicherungsanspruch einer freien Vorsorge (3b) einem Dritten abtreten oder verpfänden.

Abtretung und Verpfändung bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form, der Übergabe der Police an den Dritten sowie der schriftlichen Anzeige an Allianz Suisse.

Abweichende Bestimmungen gemäss den Besonderen Bedingungen «Gebundene Vorsorgeversicherung - Säule 3a» bleiben vorbehalten.

18 Überschussbeteiligung

Die Versicherung ist an den Überschüssen von Allianz Suisse beteiligt.

Überschüsse können entstehen, wenn die erwirtschafteten Erträge der Kapitalanlagen höher und/oder der Risikoverlauf besser und/oder die Kosten geringer ausfallen, als dies bei der Berechnung der garantierten Leistungen und der Prämie angenommen worden ist. Demzufolge wird zwischen Zins-, Risiko- und Kostenüberschuss unterschieden.

Das Überschussmodell sieht beim Zinsüberschuss einen Partizipationsmechanismus vor, der sich an einem von Allianz Suisse bestimmten Referenzzinssatz orientiert und eine Beteiligung an steigenden Zinsen ermöglichen soll. Der Umfang der Beteiligung wird von Allianz Suisse bestimmt. Der entsprechende Partizipationsertrag ist erst garantiert, wenn er von Allianz Suisse vertragsindividuell zugeteilt ist.

Der Zinsüberschuss besteht aus mehreren Komponenten.

Einer der Komponenten liegt ein Partizipationsmechanismus zu Grunde, der für die Sparprämien eine Beteiligung an steigenden Zinsen ermöglicht. Dieser Partizipationsmechanismus orientiert sich am Kassazinssatz der Schweizerischen Nationalbank für Obligationen der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit 10 Jahren Laufzeit.

Der für jede fällige Sparprämie während höchstens zehn Jahren relevante Zinssatz wird per Beginn jedes Versicherungsjahres zum jeweiligen Hauptfälligkeitsdatum aufgrund des letzten von der Schweizerischen Nationalbank publizierten Kassazinssatzes und der Beteiligungsquote festgelegt. Für die nächsten zehn Jahre wird der für die entsprechende Sparprämie relevante Zinssatz neu festgelegt. Sollte der Kassazinssatz negativ sein, so ist der relevante Zinssatz null.

Massgebend ist die Beteiligungsquote, die bei Beginn des Vertrages im Überschussplan für Neuabschlüsse von Lebensversicherungen Comfort Saving und Comfort Saving Plus vorgesehen ist.

Die so berechneten Partizipationserträge auf den einzelnen Sparprämien werden jährlich aufsummiert dem Vertrag zugeteilt. Die zugeteilte Partizipation ist nie negativ, auch dann nicht, wenn der oben erwähnte Kassazinssatz negativ ist.

Allianz Suisse kann jedoch jederzeit sämtliche Partizipationserträge, soweit diese noch nicht zugeteilt sind, auf Null setzen, selbst wenn der oben erwähnte Kassazinssatz positiv ist. Dies hat zur Folge, dass während der Dauer dieser Massnahme aus der Partizipation keine Zuteilungen erfolgen und der Partizipationsmechanismus ausser Kraft gesetzt ist. Zeitpunkt und Dauer der Ausserkraftsetzung liegen im Ermessen von Allianz Suisse. Die Ausserkraftsetzung kann unter Umständen bis zum Ablauf des Vertrages dauern. Wird der Partizipationsmechanismus ausser Kraft gesetzt, wird

darauf in der jährlichen Überschussmitteilung hingewiesen. In diesem Fall wirkt sich der Wegfall des Partizipationsmechanismus bis zu seiner Wiederinkraftsetzung auf sämtliche zukünftige, dem Vertrag noch nicht zugeteilte Partizipationserträge aus.

Eine weitere Komponente hängt vom jährlichen Geschäftsergebnis von Allianz Suisse ab und kann deshalb erheblichen Schwankungen unterliegen.

Sie kann die Partizipation und die Höhe des technischen Zinssatzes für die garantierten Leistungen (0 %) berücksichtigen. Wie viel dem Vertrag zugeteilt wird, entscheidet die Allianz Suisse jährlich. Die Zuteilung kann auch Null sein.

Die Überschusszuteilungen aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschuss sind aus der jährlichen Überschussmitteilung ersichtlich.

Als Überschussverwendungsarten stehen «Überschuss-investition in Anlagebaustein» sowie «Ansammlung auf Überschusskonto» zur Verfügung.

Weitere Einzelheiten und Grundsätze der Überschussbeteiligung sind in den «**Ergänzenden Bedingungen zur Überschussbeteiligung**» geregelt.

19 Militärdienst, Krieg oder Unruhen

Die nachfolgenden Bestimmungen über das Vertragsverhältnis im Kriegsfall gelten einheitlich für Versicherungen mit Todesfallleistungen aller in der Schweiz tätigen Lebensversicherungs-Gesellschaften:

Aktiver Dienst zur Wahrung der schweizerischen Neutralität sowie zur Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren, beides ohne kriegerische Handlungen, gilt als Militärdienst in Friedenszeiten und ist als solcher im Rahmen der Allgemeinen Bedingungen ohne weiteres in die Versicherung eingeschlossen.

Führt die Schweiz einen Krieg, oder wird sie in kriegsähnliche Handlungen hineingezogen, so wird vom Kriegsbeginn an ein einmaliger Kriegs-Umlagebeitrag geschuldet, der ein Jahr nach Kriegsschluss fällig wird.

Ob die versicherte Person am Kriege teilnimmt oder nicht und ob sie sich in der Schweiz oder im Ausland aufhält, ist unerheblich.

Der Kriegs-Umlagebeitrag dient zur Deckung der durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar verursachten Schäden, soweit sie Versicherungen betreffen, für welche diese Bedingungen gelten. Die Feststellung dieser Kriegsschäden und der verfügbaren Deckungsmittel sowie die Festsetzung des Kriegs-Umlagebeitrages und dessen Tilgungsmöglichkeiten - gegebenenfalls durch Kürzung der Versicherungsleistungen - erfolgen durch Allianz Suisse im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde.

Werden vor der Festsetzung des Kriegs-Umlagebeitrages Leistungen aus der Versicherung fällig, so ist Allianz Suisse befugt, für einen angemessenen Teil die Zahlung bis ein Jahr nach Kriegsschluss aufzuschieben. Der aufzuschiebende Teil der Leistung und der Zinsfuss, zu welchem dieser Teil zu verzinsen ist, werden durch Allianz Suisse im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde bestimmt.

Die Tage, die als Kriegsbeginn und als Kriegsschluss im Sinne obenstehender Bestimmungen zu gelten haben, werden von der schweizerischen Aufsichtsbehörde festgelegt.

Nimmt die versicherte Person an einem Kriege oder an kriegsähnlichen Handlungen teil, ohne dass die Schweiz selbst Krieg führt oder in kriegsähnliche Handlungen hineingezogen ist, und stirbt die versicherte Person während eines solchen Krieges oder binnen sechs Monaten nach Friedensschluss bzw. nach Beendigung der Feindseligkeiten, so schuldet Allianz Suisse das auf den Todestag berechnete Deckungskapital, jedoch höchstens die für den Todesfall versicherte Leistung. Sind Überlebensrenten versichert, so treten an die Stelle des Deckungskapitals die Renten, welche dem auf den Todestag berechneten Deckungskapital entsprechen, höchstens jedoch die versicherten Renten.

Allianz Suisse behält sich vor, die Bestimmungen dieses Artikels im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde auch mit Wirkung auf diese Versicherung abzuändern. Ausserdem bleiben gesetzliche und behördliche, im Zusammenhang mit einem Kriege erlassenen Massnahmen, insbesondere solche über den Rückkauf der Versicherung, ausdrücklich vorbehalten.

20 Mitteilungen

20.1 Mitteilungen des Versicherungsnehmers

Grundsätzlich ist für alle Mitteilungen, Erklärungen und Änderungsanträge die Schriftform nötig.

Für folgende Geschäftsvorfälle können die Mitteilungen neben der Schriftform wahlweise auch per E-Mail übermittelt werden:

- Adressänderungen oder Anträge auf Änderung der Zahlungsart
- Widerruf gemäss Ziffer 8
- Kündigung gemäss Ziffer 10
- Gefahrminderung